



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/53 - 11. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Leertitel - oder Ironie und Glauben

72

Adenauers kostspieliges Fernsehexperiment

Von Franz Baresig

2 - 3

Wahlen in Kenia

98

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

4 - 5

Die Nov der Kinnötler

64

Nekrolog auf einen Antrag

Von Richard Reitzner, KdS

6

Anwalt der Unterdrückten

43

Ehrung für Raphael Abramovitch

\* \* \* \* \*

Leertitel - oder Treu und Glauben

Von Franz Barsig

Was die Bundesregierung seit Jahr und Tag bestritten hat, kam in der zweiten Lesung des Bundeshaushalts an das Licht des Tages. Sie hat schon im Dezember 1959, obwohl sie früher wider besseres Wissen etwas anderes behauptete, für die "Freies Fernsehen GmbH" ein sogenanntes Obligo in Höhe von 20 Millionen DM, später bis zur Höhe von 120 Millionen DM übernommen. Nach dem Karlsruher Urteil im Fernsehstreit ist diese Gesellschaft, die von der Bundesregierung beauftragt wurde, ein zweites Programm vorzufabrikieren, natürlich in grosse Schwierigkeiten geraten, und alle optimistischen Erklärungen des Herrn Dr. Wingenroth können nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit grossen Verlusten gerechnet werden muss, denn die Gesellschaft erfüllte eben nicht die Voraussetzungen, die die Karlsruher Richter von einem freien und unabhängigen Fernsehen erwarten.

Man mag sich darüber streiten, wie hoch die Verluste sein werden. Die Optimisten meinen, dass man aus der Masse von 120 Millionen DM rund die Hälfte retten kann, während andere Fachleute der Auffassung sind, dass höchstens 28 Millionen DM verwertbares Kapital vorhanden ist. Aber gehen wir einmal davon aus, dass ein Schaden von rund 92 Millionen DM entsteht.

Nur hat sich die Bundesregierung einen höchst unmoralischen Weg einfallen lassen, um diese Verluste wettzumachen, und hier beginnt die Geschichte vom sogenannten Leertitel. Rein haushaltsmässig ist die Einfügung eines Leertitels möglich, denn es gibt Situationen, in denen eine Regierung bei Verabschiedung des Etats Ausgaben auf sich zukommen sieht, von denen sie nicht weiss, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe sie innerhalb des Haushaltsjahres fällig werden. In einem solchen Fall setzt man dann eben in den Etat einen Leertitel ein, um später in einem Nachtragshaushalt die Summen zu realisieren. Bei den Verlusten der "Freies Fernsehen GmbH" aber bedeutet dieser Leertitel, dass der Steuerzahler für die Verluste, die durch schuldhaftes Verhalten der Bundesregierung eingetreten sind, aufkommen soll, ein Vorhaben, das auch der "Bund der Steuerzahler" verwirft und von dem der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Dehler, meinte, es sei unmoralisch. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum jeder einzelne Steuerzahler die groben Fehler und Eigenmächtigkeiten der Bundesregierung jetzt mit rund 4,50 DM bezahlen soll.

Wenn man das Problem fair und anständig lösen will, dann gibt es nur drei Möglichkeiten:

1. Die Banker, die sich auf die politischen oder auch rechtlichen Zusagen - das wird erst die Zukunft erweisen, ob es auch rechtliche gewesen sind - der Bundesregierung verlassen haben, sollen die verlorenen Gelder abschreiben und es ist ihre Sache, wie sie das ihren Aufsichtsräten gegenüber verantworten können. Hier wäre sogar ein Nebenweg möglich, indem man die entstehenden Summen beim Wahlkampffonds der CDU, den man ohnehin beschicken muss, kürzt.
2. Die "Freies Fernsehen GmbH" geht, wie es im Geschäftsleben üblich ist, in Liquidation und es werden eben die Gläubiger nur mit der Quote befriedigt, die übrig bleibt.
3. Die Verantwortlichen, und das ist in erster Linie der Bundeskanzler, tragen die Verluste persönlich, ein Vorschlag, den der Pressedienst erst kürzlich unterbreitet hat. Bei dieser Möglichkeit könnte ja die zahlreiche Verwandtschaft des Bundeskanzlers, zu der zahlreiche Multimillionäre gehören, mit Familiensinn beispringen und selbst dann wäre diese Grossfamilie nicht etwa zum armen Mann gemacht.

Skandalös jedenfalls ist es, den Steuerzahler jetzt auch noch mit seinem eigenen Geld büssen zu lassen, und wenn man den Moralbegriff, von dem Herr Dr. Dehler sprach, noch einmal in Anspruch nimmt, dann muss sich auch die Mehrheit entschliessen, in der Dritten Lesung den eingefügten Leertitel zu streichen.

Es gibt noch Treu und Glauben, aber offensichtlich hat die Bundesregierung auf diesem Gebiet zu weitherzige Vorstellungen, was man auch an anderen Beispielen feststellen kann. Ohne auf das Für und Wider der D-Mark-Aufwertung noch einmal einzugehen, ist es aber auch in diesem Zusammenhang nützlich, einen Brief des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Berg, zu zitieren, den er an die Unternehmen anlässlich der Zeichnung zur Entwicklungsanleihe gerichtet hat. Wörtlich heisst es darin:

"Ich bin von Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundeswirtschaftsminister ermächtigt zu erklären, dass die Regierung weitere konjunkturdämpfende Massnahmen (Aufwertung der D-Mark, Aufhebung der Umsatzsteuer-Rückvergütung und Import-Ausgleichsteuer) nicht durchführt, falls die Anleihe voll gezeichnet wird. Das hat der Herr Bundeskanzler mir in die Hand versprochen und mir erneut am 13. 12. bestätigt".

Zwei Beispiele nur für das Verhalten der Bundesregierung, die typisch sind. Aber dann hat Herr Schröder, der doch ein gut informierter Mann ist und das alles kennt, der Mut zu behaupten, wir zerstöre jede Grundlage des Zusammenwirkens und der parlamentarischen Diskussion, wenn man sagt, dass in Karlsruhe die Wahrheit, in Bonn aber die Mehrheit entscheidet.

## Wahlen in Kenya

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die politische Macht der "Europäer" (Weissen) in Kenya liegt im Sterben. Die Vormacht ist bereits tot, denn in den allgemeinen Wahlen, die einen Monat gedauert und jetzt ihren Abschluss gefunden haben, sind die Eingeborenen als Sieger hervorgegangen. Als grosse Sieger.

Bei den Kenya-Wahlen im Jahre 1956 gab es 150 000 Wahlberechtigte aller Rassen. 1961 standen 1325 000 Eingeborene und nur 20 000 Weisse auf den Wählerlisten. Aus dieser Diskrepanz ergeben sich neue Einstellungen sowohl bei den Weissen wie bei den Eingeborenen. An den Wahltagen gingen die schwarzen Hausmädchen, Küchenboys und Gartenarbeiter Seite an Seite mit dem weissen Bwana (Herrn) und seiner Gattin, der weissen Mem sahib, zum Wahllokal, und in ihren Gesichtern drückte sich deutlich das Bewusstsein aus, dass ihre Entscheidung zu einem Gesamtergebnis beiträgt, gegen das die Stimmen der weissen Herrschaft völlig belanglos sind. Die Manstoten waren auf einmal Mitmenschen geworden; sie wurden umworben und "unsere eingeborenen Freunde" genannt. Mr. B. Howard-Williams, ein ehemaliger General, der eine Wahlrede hielt und darten wollte, was für ein guter Bwana er sei, holte seinen Hausdiener Stanley zu sich herauf auf die Tribüne und bat ihn, ein paar nette Worte zur Versammlung zu sprechen. Stanley begann: "Ich bekomme im Monat sechs Pfund Lohn. Ich habe zehn Kinder - " Gelächter und Zurufe unterbrachen ihn. "Kidogo tu!" (Viel zu wenig) schrie die Menge. Ob diese Swahili-Worte sich auf den Lohn oder auf die Kinder bezogen, war unklar.

Den Wahlbestimmungen gemäss sind 20 Sitze den Minoritätengruppen, die aus Europäern, Asiaten und Arabern bestehen, vorbehalten, davon 10 den Weissen. Die übrigen 33 Sitze sind "offen", d.h. jedermann, unabhängig von Hautfarbe und Rasse, kann gewählt werden - theoretisch. Zwei kühne Europäer machten den Versuch, einen dieser freien Sitze zu ergattern. Mr. Whitehouse, der einstweilen Distriktskommissar eines hauptsächlich aus Wästen bestehenden Gebietes im nördlichen Kenya gewesen war, veranlasste die Angehörigen des wilden Turkana-Stammes in der Nordprovinz, ihn zu bitten, er möge ihre Interessen in dem neuen Parlament wahrnehmen, wenigstens so lange, bis einer von ihnen so weit ausgebildet sein würde, dass er seinen Stamm vertreten könne. Mr. Whitehouse verzichtete jedoch wohlweislich, als sich ein schwarzer Gegenkandidat meldete, der behauptete, ein Krieger sei genügend ausgebildet, um im Parlament eine Rolle zu spielen. Der zweite Weisse, der beinahe gewählt worden wäre, war Bürgermeister Bell von Nakuru Town. Die vier Eingeborenen, die seine Konkurrenten waren, erhöhten seine Aussichten, indem sie sich heftig bekämpften und dadurch gegenseitig schwächten. Dennoch unterlag er.

Die Wahlen boten ein pittoreskes Bild durch die riesigen bunten Wahlplakate, die in kleiner Schrift einen Namen, aber im Grossformat das Symbol, das den Kandidaten bezeichnete, aufwies. Da die meisten Eingeborenen Analphabeten sind, wählten sie Bilder, die auch auf den Stimzetteln erschienen - eine Giraffe, einen Vogel, einen Schlüssel, eine Uhr, ein Fahrrad oder eine Banane. Die Europäer, die schwarze Wähler gewinnen wollten, schlossen sich der Methode an. Mr. Blundell

nannte sich eine Giraffe, während sich sein Opponent, Sir Cavendish-Bentinck, als Flusspferd darstellen liess. Andere Kandidaten empfahlen sich in der Gestalt eines Löwen, eines Lämmchens oder eines Maiskolbens. Ein bekannter Politiker in Nairobi kennzeichnete sich als ein Bündel Bananen; sein stärkster Gegner gab sich als Elefant aus. Die Eingeborenen zogen prompt die naheliegende Folgerung und schriegen bei der Wahlversammlung: "Ndovu (der Elefant) wird die Bananen zertrampeln!" In Erinnerung an den von ihm organisierten Transport von Eingeborenen, die zum Studium nach Amerika eingeladen worden waren, benutzte der bedeutendste politische Führer in Kenya, Tom Mboya, als Symbol ein Flugzeug. Seine Anhänger pflegten ihn mit dem stürmischen Zuruf "Uhuru na ndege!" (Freiheit und Flugzeug) zu begrüssen. Uhuru ist das Schlagwort, von dem das ganze Land erfüllt ist. Während der Wahlzeit überschattete die Parole "Uhuru na Kenyatta!" alle Werberufe der Parteien und Kandidaten, ein Zeichen, dass der wegen Mau-Mau-Tätigkeit zu sieben Jahren Gefängnis verurteilte Volksheld, der nach Ablauf seiner Haftfrist verbannt wurde, in den Herzen der Bevölkerung lebendig geblieben ist.

Die Wahlen brachten mancherlei Verwirrung mit sich und hatten zuweilen ihre komischen Seiten. So hatte es Tom Mboya anfangs nicht ganz leicht, sich mit seinem Flugzeugbild durchzusetzen. Einer der vier Gegenkandidaten, die ihm seinen Sitz im Ostbezirk der Stadt Nairobi streitig zu machen versuchten, hatte nicht nur denselben Namen wie er, sondern seine Anhänger verwendeten ~~ebenfalls~~ legalerweise auch denselben Kriegsruf, nämlich "Uhuru na ndege!" Nicht etwa, dass der junge Rechtsanwalt G.P.A. Mboya sich des gleichen Symbols bemächtigt hätte wie sein berühmter Namensvetter, aber seine Propagandisten hatten ihm das Kennzeichen "Vogel Strauss" gegeben, und der Strauss hiess in der Swahili-Sprache, ebenso wie das Flugzeug, "ndege", der grosse Vogel. Infolgedessen betraf die Wahldevise "Freiheit und Grosse Vogel" beide Kandidaten mit dem Namen Mboya, und die primitiven Wähler wussten nicht recht, woran sie waren. Tom Mboya geriet durch die Doppelbedeutung etwas aus der Fassung und betonte in seinen Ansprachen: "Mein grosser Vogel ist der, dessen Flügel nicht flattern".

Als der Wahlkampf in Nairobi am heissesten tobte, erschien ein gut ausschender Schwinder in der Stadt, der sich als Ali Aden Lord, Spitzenkandidat des entlegensten Bezirks der Nordprovinz, vorstellte. Er versprach der grossen Kanu-Partei seine Unterstützung in der zukünftigen Regierung und liess sich dreissig Pfund für Wahlspesen auszahlen. Dann begab er sich nach Mombasa, umgarnte den Führer der bedeutendsten Gegenpartei, Ronald Ngala, mit denselben Versprechungen und kassierte wiederum dreissig Pfund ein. Kurz darauf molüste er sich bei der Kanu-Partei, wo er von Tom Mboya herzlich begrüsst und öffentlich als ein einflussreicher Verbündeter gefeiert wurde. Schliesslich trafen jedoch Nachrichten ein, die besagten, dass Ali Aden Lord sein Dorf seit längerer Zeit nicht verlassen habe. In einem Telegramm erklärte der echte Mr. Lord, der grossen Wert auf seine politische Unabhängigkeit legte, er lehne jegliche Bindung an Parteien ausdrücklich ab und beanspruche auch keine Wahlgelder. Sehr bald stellte sich heraus, dass der mit Ehren überhäufte Gast der Parteien ein nichts-nutziger Angehöriger des Bukra-Stammes war, Bumji hiess und bereits fünf Jahre Gefängnis wegen Betrügereien hinter sich hatte. Der Hochstapler verschwand rechtzeitig vor der Bildfläche und wird noch heute von der Polizei gesucht.

### Die Not der Künstler

Von Richard Reitzner, MdB

Es scheint, daß der CDU/CSU-Fraktion nach althergebrachtem Vorurteil so teuer ist, daß sie es nicht aufgeben kann. Dieser Eindruck entstand nach einer Abstimmung im Deutschen Bundestag. Die SPD-Fraktion beantragte nämlich in der 148. Sitzung am 9. März 1961, die "Deutsche Künstlerhilfe" von DM 100 000 auf 600 000 zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von der CDU/CSU abgelehnt. Fraktionszwang und Vorurteile beherrschten Einsicht und Notwendigkeit. Nur Einer erhob mannhaft seine Stimme für den SED-Antrag, der übrigens im Kulturpolitischen Ausschuß des Deutschen Bundestages einstimmig gebilligt worden war.

Es ist ein leichter Verdacht, der mich seit dieser Abstimmung beherrscht. Die Onkels und Panten in der CDU/CSU haben gesiegt. Sparsamkeiten können ja kaum ausschlaggebend gewesen sein, denn die Summe ist an der Größenordnung des Haushalts gesehen relativ klein. Übrigens ist die CDU/CSU bei anderen Ausgaben oft äußerst großzügiger. Millionen und Millionen werden guten Mutes und ohne Gewissensnöte bewilligt. Für notleidende Schriftsteller, Künstler und Komponisten aber waren DM 500 000 zu viel. Wahrscheinlich sind Künstler und Schriftsteller oft zu modern, zu liberal, zu gewagt, ja sie "provozieren" sogar manchmal.

Die "Deutsche Künstlerhilfe" soll helfen. Sie wurde von Altbundespräsident, Professor Heuß, während seiner Amtszeit als Bundespräsident 1955 ins Leben gerufen, um Künstlern und Schriftstellern, die sich um das deutsche Kulturschaffen verdient gemacht haben und die sich in Not befinden, zu helfen. Die Mittel setzen sich zusammen aus Zuschüssen des Bundes, der Länder, Rundfunkanstalten und auch aus privaten Spenden. Über die Zuwendungen entscheiden unabhängige Gremien bei den Kultusministerien der Länder.

Die "Künstlerhilfe" kann leider nicht alle Notleidenden unterstützen, da die geringen Mittel zu einer Auswahl zwingen. Das Schwierige bei der Lage des alternden Schriftstellers und Künstlers ist

nicht allein die Tatsache des Alters und der Arbeitsunfähigkeit. Damit ist die Frage der Qualität verbunden. Gleichzeitig ergibt sich eine Verbindung mit der gesamten Kultur- und Kunstentwicklung. Was die Schriftsteller und die Künstler schaffen, unterliegt dem öffentlichen Urteil. Es wird Stellung genommen, ihre Werke werden anerkannt oder abgelehnt. Da sich das gesamte kulturelle Gebiet in einer ständigen Entwicklung und Wandlung befindet, ändert und wandelt sich auch das Urteil der Öffentlichkeit zu dem Werk des Schriftstellers und des Künstlers von Zeit zu Zeit. Es führt schließlich dazu, daß in vielen Fällen ein Werk als überholt betrachtet und damit in der öffentlichen Meinung wertlos und wirtschaftlich ergebnislos wird. Das wirkt sich auf das Werk und auf die soziale Lage des Schriftstellers und des Künstlers zurück. Wenn sogar sein Bestes nicht mehr anerkannt wird und wenn er dadurch in Not gerät, so glaube ich, daß dann die Verpflichtung der Gemeinschaft einzutreten hat. Wir müssen also versuchen, diese Not zu lindern und auf diesem Gebiet haben wir bis jetzt nicht das Notwendige getan. Von kulturellen und menschlichen Standpunkt aus ist das außerordentlich zu bedauern. Es ist doch so: Bei allen Werken und Werken die entstehen, ist es betrüblich, daß sich viele Schriftsteller und Künstler schuldlos in einem fortwährenden wirtschaftlichen Dilemma befinden, ja, daß vielleicht ihre Existenz gefährdet ist.

Die Auffassung, daß gerade die Unsicherheit des Lebens die stärksten Impulse des Schöpferischen bringt, teile ich nicht. Not und Elend haben oft tödliche Folgen. Es muß daher möglich sein, daß jenem, der sich mit Wagnis kulturellen Schaffens aussetzt, wenigstens die ärgste Not erspart bleibt, wenn er alt wird.

Aber auch mit stark verbesserten Hilfsmaßnahmen sind die sozialen Existenzfragen der freischaffenden Schriftsteller, Künstler und Komponisten im Alter noch nicht gelöst. Die Forderung nach einer Alterssicherung ist dringlich und berechtigt. Die Bundesregierung wäre daher gut beraten, wenn sie einen entsprechenden Gesetzesentwurf ehestens vorlegen würde.

+ + +

Anwalt der Unterdrückten

ED - In diesen Tagen versammeln sich in New York prominente Politiker, Gewerkschaftler, Schriftsteller und Journalisten, um einen Mann zu ehren, dessen bisheriges Leben im Dienste der Demokratie und des demokratischen Sozialismus in aller Welt gestanden hat.

Raphael Abramowitch, einer der grossen Führer der russischen Sozialdemokraten, ein in allen Teilen unserer Erde geschätzter und geschätzter Historiker und nicht zuletzt ein Anwalt der Unterdrückten, ist einer der letzten aus der Reihe der fast klassischen Persönlichkeiten der internationalen Sozialdemokratie, die heute noch am Leben sind. Er kann auf ein reiches, kämpferisches Leben zurückblicken. Schon seit früher Jugend gehörte er der russischen Sozialdemokratie an und rückte in ihren Reihen bald zu einer führenden Position auf. Während der zaristischen Herrschaft wurde er mehrmals eingekerkert und nach Sibirien verbannt. Es gelang ihm, von dort zu entfliehen, und er lebte in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg zunächst in Wien und dann in der Schweiz. Nach Ausbruch der Revolution 1917 kehrte er nach Russland zurück, jedoch waren ihm dort nur drei Jahre aktiven politischen Lebens beschieden, da sein kompromissloser Kampf gegen die bolschewistische Diktatur - die Kommunisten verhafteten ihn wiederholt - ins Exil zwang.

Er liess sich in Berlin nieder, wo er in enger Fühlung mit der deutschen Sozialdemokratie seine publizistische und politische Arbeit fortsetzte. Der Anbruch der nazistischen Diktatur 1933 zwang ihn erneut zur Flucht. Zunächst lebte er in Paris und seit 1940 in New York. Von hier aus führte er einen unermüdlichen Kampf gegen die kommunistischen Unterdrücker seiner Heimat, deren Lügen und Täuschungsmanöver er in zahllosen Beiträgen und Werken entlarvte. Seine publizistische und literarische Meisterschaft haben ihm höchste Anerkennung eingebracht, sein Mut aber gewann ihm die Herzen aller. Die deutschen Sozialdemokraten sehen in Raphael Abramowitch einen treuen und künftigen Freund, mit dem sie in langer gemeinsamer Arbeit verbunden sind. Sie ehren in ihm eine Persönlichkeit, die stets den kompromisslosen Weg des Einsatzes für die Freiheit und die Demokratie gegangen ist.

+ + +

Verantwortliche: Günter Markscheffel